

TOP 1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Sitzungsverlauf:

Gemäß § 35 Abs. 1 Satz 4 der Gemeindeordnung sind die in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse in der nächsten öffentlichen Sitzung bekanntzugeben, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen.

In der nichtöffentlichen **Sitzung des Gemeinderats am 24.06.2026** wurden folgende Beschlüsse gefasst:

1. Neuausrichtung von Kindergärten

1. Der Gemeinderat hat über die Trägervorschläge zur Neuausrichtung der Kindergärten sowie neue Öffnungszeiten beraten.
2. Für den Kindergarten St. Josef ist eine anteilige Fördersumme der Stadt auf Grund der Nichtinbetriebnahme der beiden Betreuungsgruppe zurückzuzahlen und dem Katholischen Träger zu erstatten.

2. Der Gemeinderat stimmt der Teilnahme der Stadt Schwetzingen am Projektaufruf 2026 des Bundesprogramms „Anpassung urbaner und ländlicher Räume an den Klimawandel“ zu.

Die Themen der **nichtöffentlichen Sitzung des Werksausschusses am 29.06.2026, des Verwaltungsausschusses am 15.07.2026 sowie des Technischen Ausschusses am 22.07.2026** sind entweder Gegenstand der heutigen Gemeinderatssitzung oder nicht zur Bekanntgabe geeignet.

TOP 2 Bürgerfragestunde

Sitzungsverlauf:

Bürgerin 1 wundert sich über den erneuten Wechsel des Caterers am Hebelgymnasium und möchte gerne den Grund dafür genannt bekommen.

Der Vorsitzende gibt an, dass es ein grundsätzliches Problem auf dem Markt der Cateringunternehmen gebe. Bei Culinaris habe es einen Betreiberwechsel gegeben. Die Firma wurde vom Mannheimer Unternehmen BVS übernommen. Daher müsse man den Vertrag jetzt mit dieser Firma weiterlaufen lassen. Jetzt gelte es, die Daumen zu drücken, dass der Mensabetrieb weiterhin funktioniere. Er bitte daher die Eltern und die Kids darum, die Mensa zu besuchen, um die Essenszahlen hoch zu bringen. Leider sei die umliegende Konkurrenz groß.

Bürgerin 2, Erzieherin im Arche-Noah-Kindergarten, möchte wissen, warum genau die Ganztagsgruppe eine Stunde früher schließen müsse und die drei Wochen Ferien eingeführt würden.

Der Vorsitzende erklärt, dass dies mit der Einrichtungsleitung besprochen worden sei und eine gemeinsame Entscheidung aufgrund personeller Herausforderungen durch die Urlaubstage und die zusätzlichen Regenerationstage gewesen sei. Dieser Anspruch sei zwar berechtigt, aber vom Personaleinsatz her nicht zu stemmen. Um dies abzudecken benötige man die Schließtage. Auch sei das Ganztagsangebot zwischen 17 und 18 Uhr nicht mehr stark nachgefragt gewesen. Die 26 zusätzlichen Schließtage seien ein Vorschlag des Trägers Kirche gewesen. Diese seien für alle anderen Einrichtungen gleich. Jetzt gelte es einen Konsens zwischen allen Beteiligten hinzubekommen.

Stadträtin Fackel-Kretz-Keller äußert sich in ihrer Funktion als evangelische Kirchengemeinderätin ähnlich lautend. Die aktuellen Rahmenbedingungen gäben Ganzjahresöffnungszeiten nicht mehr her. Bei mittlerweile Anspruch auf 37 Urlaubstage dürfe keine Kollegin ausfallen.

Bürgerin 3, Mutter eines Arche-Noah-Kita Kindes, äußert sich überrascht, dass diese Neuerungen der Vorschlag des Trägers gewesen sein sollen. War es nicht eher ein Beschluss des Gemeinderats aus finanziellen Erwägungen heraus? So sei das den Eltern kommuniziert worden. Dies sei ja dann ein Thema der Stadt, und dürfe nicht auf dem Rücken der Eltern ausgetragen werden. Sie bitte um Berücksichtigung der Nöte der Eltern hinsichtlich der Betreuungssituation. Diese sei insbesondere im Hinblick auf die drei Wochen Schließzeiten am Stück eine Herausforderung.

Der Vorsitzende verspricht, das Thema noch einmal mitzunehmen. Allerdings sei es so, dass die Stadt bewusst nicht die Gebühren erhöhen wolle und daher alle Einrichtungen genau prüfen werde.

**TOP 3 Berichte des kommunalen Behindertenbeauftragten und Inklusionsbeirats
sowie Nachbesetzung im Inklusionsbeirat
Vorlage: 3165/2026**

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende verweist dazu auf den mündlichen Bericht von Herrn Köhl und den Vertretern des Inklusionsbeirats im Verwaltungsausschuss vom 15.07.2026.

Er begrüßt die anwesende Frau Jessica Jörg im Publikum. Sie und Frau Christine Franz-Villinger sollen durch den Gemeinderat heute als stimmberechtigte Mitglieder im Inklusionsbeirat nachbesetzt werden.

Keine weitere Aussprache.

Es wird offene Abstimmung vereinbart.

Beschluss:

1. Die beigefügten Berichte des Kommunalen Behindertenbeauftragten sowie des Inklusionsbeirats werden zur Kenntnis genommen.
2. Auf Vorschlag des Kommunalen Behindertenbeauftragten werden satzungsgemäß als stimmberechtigte Mitglieder im Inklusionsbeirat Frau Jessica Jörg als Angehörige eines Menschen mit Behinderung sowie Christine Franz-Villinger als Vertreterin einer Schule mit Inklusionsbezug nachbesetzt.

Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 4 Unterbringung von durch unfreiwillige Obdachlosigkeit betroffenen Personen sowie Flüchtlingen in der Anschlussunterbringung - Weitere Anmietung der beiden Wohnhäuser in der Scheffelstraße 31-33
Vorlage: 3173/2026**

Sitzungsverlauf:

Stadträtin Klein befindet sich nicht im Saal.

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage.

Keine weitere Aussprache.

Beschluss:

1. Die beiden Wohnhäuser Scheffelstr. 31-33 werden ab 01.09.2026 bis 31.08.2035 zur Unterbringung von durch unfreiwillige Obdachlosigkeit betroffenen Personen sowie Flüchtlingen in der Anschlussunterbringung im Rahmen der Flüchtlings- und Obdachlosensatzung der Stadt Schwetzingen angemietet.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, einen entsprechenden Mietvertrag mit der Eigentümerin abzuschließen.
3. Die erforderlichen Mittel werden auf der Kontierung 3140 0516/4231 0000 bereitgestellt.

Ja 23 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 5 Mannheimer Parkhausbetriebe:

**TOP 5.1 Nachtrag Betreibungsvertrag Mannheimer Parkhausbetriebe (MPB) für die Parkscheinautomaten in Schwetzingen
Vorlage: 3186/2026**

Sitzungsverlauf:

Stadträtin Klein befindet sich nicht im Saal.

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage.

Keine weitere Aussprache.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem im Entwurf beiliegenden Nachtrag Nr. 2 zum Betriebsführungsvertrag vom 25.11.2019 zu und beauftragt die Verwaltung mit dem Abschluss des Vertrages.

Ja 23 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 5.2 Nachtrag Betreibungsvertrag mit Mannheimer Parkhausbetriebe (MPB) Alter
Messplatz
Vorlage: 3187/2026**

Sitzungsverlauf:

Stadträtin Klein befindet sich nicht im Saal.

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage.

Keine weitere Aussprache.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem im Entwurf beiliegenden Nachtrag Nr. 3 zum Betriebsführungsvertrag vom 28.07.2008 zu und beauftragt die Verwaltung mit dem Abschluss des Vertrages.

Ja 23 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 6 Auftragsvergaben:

TOP 6.1 Sanierung der Straßenbeleuchtung durch Umrüstung der verbleibenden konventionellen Straßenleuchten auf LED - Auftragsvergabe
Vorlage: 3190/2026

Sitzungsverlauf:

Stadträtin Klein befindet sich nicht im Saal.

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage.

Keine weitere Aussprache.

Beschluss:

Der Vergabe des Auftrags zur Umrüstung der im Stadtgebiet verbleibenden konventionellen Straßenleuchten auf LED-Technik an die MVV Netze GmbH, Luisenring 49, 68159 Mannheim, zum Angebotspreis von 882.268,77 EUR (brutto) wird zugestimmt.

Ja 23 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 6.2 Sanierung der Stützmauer Mühlenstraße/Ecke Anwesen Heidelberger Straße 18 sowie Fahrbahnerneuerung eines Teilstücks der Mühlenstraße - Auftragsvergabe
Vorlage: 3194/2026**

Sitzungsverlauf:

Stadträtin Klein befindet sich nicht im Saal.

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage.

Keine weitere Aussprache.

Beschluss:

1. Der Vergabe des Auftrags für die Sanierung der Stützmauer Mühlenstraße/Ecke Anwesen Heidelberger Straße 18 sowie für die Fahrbahnerneuerung des Teilstücks der Mühlenstraße an den Bieter, der das wirtschaftlichste und vollständig wertbares und zuschlagsfähiges Angebot vorgelegt hat, wird zugestimmt. Der Bieter sowie die konkrete Auftragssumme werden dem Gemeinderat in der Sitzung bekanntgegeben.
2. Für den Fall, dass das Ergebnis bis zur Sitzung des Gemeinderates nicht vorliegt, wird die Verwaltung ermächtigt, den Auftrag bis zur 4. Rangnummer zu vergeben.

Ja 23 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 7 Stellungnahme im Beteiligungsverfahren zur Raumverträglichkeitsprüfung
Bahnprojekt NBS/ABS Mannheim–Karlsruhe
Vorlage: 3152/2026**

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende erklärt, dass man in insgesamt 15 Dialogrunden über die Vorzugstrasse R4 diskutiert habe. Man wolle vorrangig den Lärm aus der Stadt bekommen. Schwetzingen sei in Punkto Bahnlärm bundesweit unter den TOP 10 der lärmintensivsten Städte. Man liege an der Route Genua-Rotterdam. Die Bahn könne sich nach langem Ringen einen Tunnel vorstellen. Allerdings wolle die Stadt den Tunnel aus dem Bereich der Wohnbebauung herausbekommen. Der Bundestag habe sich aktuell mit der Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim befasst. Daher sei die gemeinsame Stellungnahme ein gutes Signal. In den Städten und Gemeinden entlang der Strecke habe man unterschiedliche Herausforderungen. Daher sei ein klares Bekenntnis wichtig.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Abgabe der in der Anlage beigefügten Stellungnahme der Stadt Schwetzingen im Beteiligungsverfahren des Regierungspräsidiums Karlsruhe zur Raumverträglichkeitsprüfung für das Bahnprojekt Neubau-/Ausbaustrecke (NBS/ABS) Mannheim–Karlsruhe der DB InfraGO AG.

Ja 23 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 8 Startchancen-Programm Nordstadt-Grundschule
Vorlage: 3162/2026**

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende erläutert die drei verschiedenen Bausteine des Förderprogramms. Das staatliche Schulamt sei damit auf die Schule zugekommen. Man werde jetzt Überlegungen anstellen und dann wieder mit ersten Ideen auf den Gemeinderat zukommen.

Die Stellungnahmen von Stadtrat Petzold, SFW, Stadträtin Klein, CDU, Stadtrat Dr. Rittmann, B'90/Die Grünen, und Stadtrat Pitsch, SPD, sind beigelegt.

Stadtrat Dr. Lorentz freut sich, dass die liberale Bildungspolitik der Schule mit dem Programm mehr Spielräume einräumen möchte. Die Schule könne das gut gebrauchen und habe auch den Eindruck erweckt, dass sie das Programm gut umsetzen können. Die Kosten würden ja auf 7 Jahre aufgeteilt und entsprächen in etwa dem, was man sowieso hätte investieren müssen.

Stadtrat Zieger äußert seine Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Beschluss:

1. Die Inhalte und die entsprechenden möglichen Maßnahmen des Startchancen-Programms für die Nordstadt-Grundschule werden zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Planungskosten zu ermitteln, diese in die Haushaltsplanung aufzunehmen und über die Planungsergebnisse weiter zu berichten.
3. Die Auszahlungen (konsumtiv und investiv) von bis zu insgesamt EUR 1.032.809 sowie die Zuwendungseinzahlungen i. H. von EUR 722.966 werden anteilig in der Haushaltsplanung 2027 bzw. in der mittelfristigen Haushaltsplanung der Jahre 2028 ff eingeplant.
4. Der städtische Eigenanteil an Maßnahmen des Startchancen-Programms von Säule I in Höhe von bis zu EUR 309.843 (30 Prozent) wird zur Kenntnis genommen und befürwortet.

Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 9 Ermächtigung des Oberbürgermeisters zum Abruf von Fördermitteln nach dem Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz (LuKIFG)
Vorlage: 3172/2026**

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage. Das Programm sei sehr unbürokratisch in der Beantragung der Fördergelder. Man habe bereits erste LuKIFG-Mittel in der Finanzplanung berücksichtigt. Der heutige Gemeinderatsbeschluss helfe dabei, die Fördergelder schnell abrufen zu können.

Beschluss:

Der Gemeinderat ermächtigt den Oberbürgermeister, im Rahmen des der Stadt Schwetzingen zugewiesenen Budgets Fördermittel nach dem Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz (LuKIFG) für geeignete kommunale Investitionsmaßnahmen abzurufen.

Der Gemeinderat wird über den Stand der Mittelabrufe sowie über die finanzierten Maßnahmen regelmäßig im Rahmen der Finanzberichte informiert.

Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 10 Finanzhalbjahresbericht - Erläuterungen in der Sitzung

Sitzungsverlauf:

Kämmerin Nagel trägt den Halbjahresfinanzbericht vor, der in der Anlage beigelegt ist.

Der Vorsitzende fügt hinzu, dass man den Haushalt auf Linie halte. Man veranstalte quartalsweise stundenlange, interne Klausuren mit den Amtsleitern, in denen jede Zahl umgedreht und hinterfragt werde. Der Haushalt habe ein Ausgabenproblem. Hier brauche man die LuKIFG-Mittel und ein klares Signal des Landes. Der Erhalt der kommunalen Selbstverwaltungshoheit sei wichtig. Die Haushaltskonsolidierung sei sein ständiger Prozess. Er dankt den Amtsleitern und Bürgermeisterin Lisa Schlüter sowie im Besonderen dem Team der Kämmerei.

Stadtrat Prof. Brand nennt das Ergebnis des Berichts erfreulich, allerdings sei der Personalaufwuchs bei den Kindergärten noch nicht dargestellt. Auch die positive Gewerbesteuerentwicklung überrasche und er frage sich, ob die Zahlen belastbar seien.

Kämmerin Nagel erklärt, dass die Personalsituation in den Kindergärten bereits einberechnet sei und man bei der Gewerbesteuer von einem positiven Ergebnis ausgehe. Auch während Corona habe es übrigens keinen nennenswerten Einbruch gegeben.

Stadtrat Prof. Brand fragt weiter, wie es mit der Entwicklung des Personals und den dadurch verursachten Kostensteigerungen sei.

Kämmerin Nagel erklärt, dass der Ansatz hier knapp ausreiche.

TOP 11 Öffentliche Bekanntgaben / Anfragen

Sitzungsverlauf:

Stadtrat Melkus möchte wissen, ob es beim Starkregenereignis Mitte Juli im Kleinen Feld Probleme mit der Steuerung des Regenrückhaltebeckens gegeben habe.

Man gehe der Sache nach, so der Vorsitzende, und gebe Antwort.

Stadträtin Fackel-Kretz-Keller bittet um verstärkte Kontrollen der E-Scooter und Radfahrer in der Fußgängerzone.

Weiterhin weist Stadträtin Fackel-Kretz-Keller auf ein in der Carl-Theodor-Straße fehlendes Fahrradpiktogramm an der Kreuzung Nadlerstraße hin.

Stadträtin Vobis-Mink bemängelt den Müll vor der Nordstadthalle.

Stadtrat Petzold fragt, ob die Ampelschaltung in der Zähringer Straße schon optimiert sei. Der Vorsitzende verneint. Aktuell sei der Rückstau in Richtung Hockenheim wieder zu lang. Man müsse das System anpassen.

Zudem sei laut Stadtrat Petzold die durchgezogene Fahrbahnmarkierung an der Verengung in der Zähringer Straße nicht mehr sichtbar. Das könne zu gefährlichen Situationen und Unfällen führen.

